
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 12 (1984)

DOI: 10.11588/fr.1984.0.51631

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Dem politischen Scheitern steht freilich die langfristige Wirkung gegenüber. Die von Stoecker ins Leben gerufene Bewegung hat die Resistenz der protestantischen Mittelschichten gegen politische Heilslehren nachhaltig geschwächt. Stoecker hatte die Konservierung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung mit allen Mitteln sichern wollen. Während des nationalsozialistischen Regimes mußten seine verbleibenden Anhänger verblüfft erkennen, daß die Folgen dieser rechtsradikalen Gesinnungsethik auch die eigene gesellschaftliche Machtplattform wegfeigten. Der vorliegende Band bringt diese Dialektik eines religiös inspirierten Radikalkonservatismus nachdrücklich in Erinnerung. Die einzelnen Beiträge sind unverzichtbare Bausteine für eine noch zu schreibende Biographie Adolf Stoeckers, die das bekannte Buch Walter Franks hoffentlich bald entbehrlich macht, und sie verweisen auf die Notwendigkeit, Kirchen und Religionen wieder mehr Raum in der politischen Sozialgeschichte zu geben.

Peter THEINER, Düsseldorf

Helga DEININGER, Frankreich – Rußland – Deutschland 1871–1891. Die Interdependenz von Außenpolitik, Wirtschaftsinteressen und Kulturbeziehungen im Vorfeld des russisch-französischen Bündnisses, München, Wien (R. Oldenbourg) 1983, 340 S. (Studien zur modernen Geschichte, 28).

Diese Dissertation aus der Hamburger Schule Fritz Fischers vermag das Bild bisheriger Darstellungen zur Geschichte der internationalen Beziehungen im Zeitalter Bismarcks durchaus zu differenzieren und zu ergänzen, in der sich die für Europa und die Welt so folgenschwere Anbahnung der russisch-französischen Militärkonvention vollzogen hat. Ist zuletzt George F. Kennan bei seiner Beschreibung der Auflösung von Bismarcks europäischem Bündnissystem vornehmlich der Aufnahme und dem Ausbau der militärpolitischen Kontakte bis zum Inkrafttreten der Militärkonvention von 1892 nachgegangen, so widmet sich die Vf., ohne diesen Bereich zu vernachlässigen (man sehe beispielsweise den Bericht von Oberst Sermet in St. Petersburg an den französischen Botschafter Laboulaye »Sur l'examen du théâtre de la guerre entre la Russie et l'Allemagne« vom 2. Januar 1888), hauptsächlich der Aufeinanderfolge zuerst und dann der Parallelität kulturpolitischer und finanzpolitischer Initiativen, bis auf deren Grundlage im Rahmen der französischen Außenpolitik das machtpolitische Bündnis zwischen Frankreich und Rußland zustande kam. Der Siegeszug der russischen Literatur, der 1886 mit dem Erscheinen von Eugène-Melchior de Vogüés Werk über den russischen Roman einsetzte, schaffte ein »Klima des Vertrauens und der Sympathie«, das den französisch-russischen Beziehungen insgesamt zugute kam. Der Primat der Politik wird zwar dezent in Frage gestellt, indes durch die Ergebnisse der kenntnisreichen Untersuchung im wesentlichen bestätigt. Die Vf. erlag also nicht der modischen Versuchung, um jeden Preis den Nachweis einer ökonomischen Determinierung der Politik erbringen zu wollen, und wirkt gerade dadurch in ihrer auf einer breiten und fundierten Quellenbasis fußenden Berichterstattung um so überzeugender, zumal sie in Verbindung mit den innenpolitischen Vorgängen auch die diplomatischen Aktionen mit in ihr Spektrum einbezieht. Sie hat sich neben den Archives Nationales auch die Archive des französischen Außen-, Innen- und Wirtschaftsministeriums und des Pariser Bankinstitutes »Crédit Lyonnais« sowie das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn und das Preußische Geheime Staatsarchiv in Berlin-Dahlem erschlossen. Da ihr russische Archivalien nicht zur Verfügung standen, und die sowjetische Edition der Akten zur auswärtigen Politik noch nicht bis zu dem von ihr behandelten Zeitraum fortgeschritten ist, erscheint Rußland gleichsam im Spiegel der deutschen und französischen Akten sowie in Auszügen der russischen Presse, wie sie den beiden auswärtigen Ämtern vorlagen. Die Perspektive der Arbeit ist eine entschieden französische, zumal »nur« das Journal des Débats,

L'Economiste français und die Revue des Deux Mondes für die Jahre 1884/86 bis 1891 vollständig ausgewertet wurden. Auf russischer Seite stützt sich die Vf. ausführlich auf diesbezügliche Arbeiten von A. Z. Manfred und auf deutscher Seite vor allem auf »Bismarcks Draht nach Rußland« (Berlin-Ost) von S. Kumpf-Korfes.

Es dürfte zweifellos recht aufschlußreich sein, in diesem Zusammenhang auch auf Österreich einmal näher einzugehen, als das hier geschehen konnte, richtete sich die russisch-französische Militärkonvention doch ebenso gegen Wien wie gegen Berlin. Wenn die Initiative auch bei Frankreich lag, um am Deutschen Reiche für 1870/71 Revanche zu nehmen, so dürfte Rußland auf die französischen Vorschläge wohl doch nur deshalb eingegangen sein, um sich für Österreichs »Undankbarkeit« im Krimkrieg revanchieren zu können und auf dem Balkan einen größeren Bewegungsspielraum zu gewinnen. In diesem erweiterten machtpolitischen Zusammenhang mit der Orientalischen Frage wäre die These sicherlich zu modifizieren: »Im Hinblick auf das Zustandekommen des französisch-russischen Bündnisses gab für Rußland dann letztlich das ökonomische Moment den Ausschlag für die Öffnung nach Frankreich« – nämlich um vor allem den Eisenbahnbau, der anfangs auch von deutscher Seite finanziert wurde, weiter forcieren zu können und damit die militärstrategische Voraussetzung einer erfolgreichen Kriegführung zu schaffen. Das Dilemma der deutschen Außenpolitik lag einerseits darin, daß sie Rußland gegenüber Österreich nicht zu stark werden lassen durfte, Bismarck war darum bemüht, eine ständig drohende Kollision »durch weitgehende Angebote an Rußland und Einwirken auf Österreich in der Balkanfrage zu verhindern«; andererseits trug der Reichskanzler mit seiner Schutzzollpolitik erheblich zur deutsch-russischen Entfremdung bei. Und im Zuge weiterer Restriktionen verlor Berlin seine traditionelle Rolle als Rußlands Bankier an Paris, das damit den russischen Anleihenmarkt beherrschte. Es scheint, daß Rußland sich auf diese Weise von seiner Bindung an Deutschland löste und tatsächlich »bis zu einem nicht unbedeutenden Grade in die Abhängigkeit Frankreichs« geriet, während die handelspolitische Abhängigkeit Rußlands von Deutschland bestehen blieb. Es muß dahingestellt bleiben, inwieweit es sich bei der Aussage des russischen Außenministers Giers, der eine stärkere Beachtung durchaus verdient hätte, daß es Bismarcks Finanzpolitik gewesen sei, die Rußland in die Arme Frankreichs getrieben habe, nur um eine diplomatische Schutzbehauptung gehandelt hat.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf dem Zeitraum des Jahres 1887, in dem die deutsche Heeresvorlage sowohl in Frankreich als auch in Rußland Alarm auslöste und die seit dem Berliner Kongreß nicht mehr zur Ruhe gekommene »affaire de Bulgarie« einen neuen Höhepunkt erreichte. Die Schlußfolgerungen der Vf. sind um Ausgewogenheit bemüht. Seien nämlich der französischen Diplomatie bis zum Jahre 1890 sichtbare Erfolge in ihren Bestrebungen um eine Allianz mit Rußland versagt geblieben, so habe diese sich allerdings auf finanzieller und kultureller Ebene praktisch schon vorher vollzogen. »Schon vor dem formalen Engagement waren die französischen und die russischen Interessen eine enge Verbindung eingegangen«, sei ein »accord des peuples« hergestellt worden. Doch es wurden die Phasen der Annäherung immer wieder auch von solchen der Distanzierung unterbrochen. Die französisch-russischen Beziehungen bildeten eine Funktion des deutsch-russischen Verhältnisses. Wenn die Vf. dazu neigt, die finanzpolitische Maßgabe in ihrer Bedeutung als Faktum hoch zu veranschlagen, so läßt sie es sich gleichwohl angelegen sein, den tiefgreifenden Wandel des europäischen Mächtesystems nach dem Rücktritt Bismarcks und der deutschen Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland hervorzuheben. In letzter Konsequenz dürfte das Bekanntwerden des Dreibundvertrages bei Giers den Ausschlag für den definitiven Abschluß der russisch-französischen Militärkonvention gegeben haben, deren mächtigster Fürsprecher der nationalistische Pressezar Katkov gewesen war. Ohne den Bogen der Interdependenz von Außenpolitik, Wirtschaftsinteressen und Kulturbeziehungen angesichts einer diesbezüglich zurückhaltenden Quellenlage zu überspannen, schließt die Vf. mit der

Feststellung: »Mochte deren jeweiliger Wirkungszusammenhang auch von Jahr zu Jahr verschieden sein, so war er doch [...] unbestreitbar vorhanden und muß als ein unübersehbarer Faktor im Geflecht des geschichtlichen Lebens gewertet werden.« Dies unter einem vornehmlich finanzpolitischen Gesichtspunkt getan zu haben, ist das Verdienst der filigranen Studie, deren Wert durch gelegentliche Unschärfen – wie beispielsweise im Umgang mit dem Dreikaiserbündnis und Dreikaiserabkommen – nicht geschmälert wird.

Jürgen KÄMMERER, Karlsruhe

Gerhard A. RITTER, Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München (C. H. Beck) 1983, 188 p. (Arbeitsbücher Sozialgeschichte und soziale Bewegung).

Au moment où la crise économique force à réfléchir sur l'avenir de l'Etat-Providence, l'histoire de la politique sociale suscite naturellement un regain d'intérêt: la parution récente en RFA de plusieurs ouvrages dans des collections d'assez grande diffusion en est le signe¹. Le livre de G. A. Ritter vient donc à son heure. Mais si l'auteur espère dans sa préface apporter quelques éléments au débat actuel, son étude, issue d'une contribution à un colloque de l'Institut Max Planck de droit social de Berlin-Ouest, n'en poursuit pas moins tout d'abord un objectif scientifique. Dans un domaine où la recherche a encore beaucoup à faire, il s'agit pour lui de dresser un bilan des connaissances, de donner une idée de l'abondance des sources encore exploitables et d'indiquer des pistes d'investigation nouvelles. La limitation à la période d'avant 1914, terrain d'élection de Ritter, ainsi que les avantages heuristiques d'une présentation comparative reflètent cette volonté d'analyser en profondeur. D'ailleurs, le texte d'environ 100 pages étant accompagné de plus de 80 pages de notes et de références bibliographiques, on s'aperçoit vite qu'on est en présence d'un instrument de travail.

Pour le Reich comme pour le Royaume Uni, ce sont la crise économique, l'aggravation de la pauvreté dont les institutions traditionnelles de bienfaisance ou de secours mutuel ne peuvent plus venir à bout, ainsi que l'ébranlement correspondant de la croyance aux vertus du laisser-faire qui sont à l'origine des initiatives de l'Etat. Ne rapporter celles-ci qu'à un stade du développement économique et social resterait cependant un peu court. Le fait que l'Allemagne, dont l'industrialisation s'opère plus tardivement qu'en Angleterre, soit le premier pays à se doter d'un système d'assurance sociale ne peut s'expliquer que par d'autres facteurs. C'est d'abord qu'à la différence de la Grande Bretagne où un néo-libéralisme social, tel qu'il est défendu par Lloyd George et Winston Churchill, prend seulement de l'importance vers la fin du siècle, l'idée d'une protection sociale organisée par l'Etat peut s'appuyer sur la longue tradition de l'*Obrigkeitsstaat*; elle rencontre de ce fait peu de résistance de la part d'un courant libéral très tôt accommodé à l'existence d'un Etat fort et profite en outre de l'existence d'une bureaucratie puissante, expérimentée et sûre d'elle-même. Quant aux motivations directes de l'action gouvernementale, elles sont en Allemagne de nature avant tout politique. Tandis qu'outre Manche, où avant la guerre le mouvement ouvrier n'a ni organisation politique ni programme socialiste, les mesures sociales sont au premier chef une réaction à l'effondrement du système instauré par les *Poor Laws*, elles sont outre Rhin conçues comme une parade à la menace socialiste. Bien sûr, il existe aussi en Allemagne un courant intellectuel préoccupé de la question

1 Cf. en particulier Florian TENNSTEDT, Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, Göttingen 1981; Volker HENTSCHEL, Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik 1815 bis 1945, Düsseldorf 1980. ID., Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880–1980, Frankfurt a. M. 1983.